

eindrücke aus dem Kantonsrat

«Gemeinden dürfen zufrieden sein»



Kantonsrat
Hans Lipp, CVP
Flühi

Die Session vom Montag und Dienstag stand ganz im Zeichen des 520 Millionen Franken schweren Sparpakets für die kommenden drei Jahre. Die Spardebatte dauerte dann auch rund fünfeinhalb Stunden. Von diesem Paket, das für die Jahre 2017 bis 2019 Massnahmen im Umfang von über einer halben Milliarde Franken vorsah, wurden in der aktuellen Session vom Kantonsrat nur diejenigen Positionen beschlossen, die eine Gesetzesänderung zur Folge hatten. Die Gemeinden haben mit der Androhung des Gemeindefeindes im Vorfeld gewaltig Druck gegen vier Gesetzesänderungen und Massnahmen aufgebaut.

Rund 150 Personen haben am Montagmorgen vor dem Regierungsgebäude demonstriert und ihre Unzufriedenheit bekundet. Eine Feuerartistin symbolisierte das Spiel mit dem Feuer und die Demonstranten verteilten Flyer mit der Aufschrift, das Spar- und Abbaupaket KP 17 sei brandgefährlich. Als Kantonsrat nimmt man das zur Kenntnis. Auf die Meinung und Abstimmungen haben aber solche Übungen keinen Einfluss. Die finanzielle Lage und das Desaster mit den Kantonsfinanzen sind sicher unschön. Hingegen jeder Gemeindebürger und Gemeindefeind ist auch Kantonsbürgerin und Kantonsbürger. Aus Sicht der Gemeinden dürfen wir aber mit dem

Erreichten zufrieden sein. Nach Streichung mehrerer Sparmassnahmen kann die Schuldenbremse noch eingehalten werden und es besteht die Hoffnung, dass wir nach der Dezembersession ein Budget 2017 haben. Allerdings muss bei der Budgetdebatte die Steuerfusserhöhung um 0,10 Einheiten von 1,60 auf 1,70 beschlossen werden.

Auffallend bei den KP17-Diskussionen war, dass unsere immerhin bürgerliche Regierung nur bei den Linken auf gewisses Verständnis und Zustimmung gestossen ist. Leider mussten auch einige Abstriche und Konzessionen eingegangen werden. So müssen die Gemeinden die Reduktion der Kantonsbeiträge an die Musikschulen entweder selber übernehmen oder abwägen. Auch die befristete Sonderabgabe an die Ausfallkosten der Altlastensanierung, welche bei jeder steuerpflichtigen Person mit der Steuerrechnung erhoben wird, darf sicher nicht als Meisterleistung gewertet werden. Die Begrenzung des Pendlerabzuges sowie auch die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer werden die Berg- und Randregionen sicher sehr stark zu spüren bekommen. Der Anteil zugunsten der Güterstrassen aus der Mineralölsteuer und aus den Verkehrsabgaben war vorgesehen von sechs auf fünf Prozent zu reduzieren. Bei diesem Antrag hat sich Pius Kaufmann, CVP, Escholzmatt-Marbach, mächtig ins Zeug gelegt und dank geschicktem Lobbying mit 59:52 Stimmen die Abstimmung für das Beibehalten von sechs Prozent an die Güterstrassen erreicht.

Regierungspräsident und Finanzdirektor Marcel Schwerzmann

sowie auch die anderen Regierungsmitglieder mussten sich mehrmals die Vorwürfe einer gescheiterten Finanzpolitik und Führungsprobleme gefallen lassen. Insbesondere aus der linken Ratsecke unterstrichen dies mehrere Votanten.

Die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit hatte die Botschaft B52, den Entwurf des Kantonsratsbeschlusses zur Aufhebung einer Eigentumsbeschränkung bei Grundstücken der Stiftung für Schwerbehinderte Luzern vorzubereiten. Als Fraktionssprecher der CVP kam ich zum Einsatz und hatte dieses diskussionslose Geschäft im Rat zu vertreten.

Ein Postulat von Roth David und Mitunterzeichnenden über die Schliessung der Poststellen und die frühzeitige Einbindung der Gemeinden in den Prozess wurde als dringlich erklärt und am Dienstag noch behandelt. Der Postulant verlangt vom Regierungsrat, dass er sich gegen Poststellenschliessungen zur Wehr setzt und dass die Gemeinden nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Der Kostendeckungsgrad des «gelben Riesen» betrage immerhin 93 Prozent und es werden Gewinne in Millionenhöhe geschrieben, was doch noch einen gewissen Service public und die Aufrechterhaltung der Dienstleistungen gerechtfertigt. Die vollständige Erheblicherklärung wurde vom Rat mit 70:40 überwiesen.

«Eindrücke aus dem Kantonsrat» – unter diesem Titel äussern sich die Mitglieder aus unserer Region im Anschluss an die Sessionen des Kantonsparlaments. Gastautor der Dezembersession wird Vroni Thalman, SVP, Flühi, sein.

Regierungsrat soll sich für Poststellenerhalt einsetzen

Kanton Luzern: Postulat wurde vollständig als erheblich erklärt

Der Luzerner Regierungsrat soll sich dafür einsetzen, dass der postalische Service Public in den Gemeinden erhalten bleibt. Er hat am Dienstag ein entsprechendes Postulat überwiesen.

Anlass des von David Roth (SP) als dringlich eingereichten Vorstosses war die Ankündigung der Post, bis zu 600 Poststellen schliessen zu wollen. (Der EA berichtete.) Roth sprach von einem drohenden Abbau des Service Public in den Gemeinden. Für einen Flächenkanton wie Luzern sei dieser wichtig.

Postagenturen sind für Roth nur bedingt eine Alternative, da von diesen Dienstleistungen, wie sie etwa das Gewerbe brauche, nicht angeboten würden. Als Beispiel nannte er Massensendungen. Der Kanton habe den Überblick und könne entsprechend auf die Post einwirken.

Übernehme der Kanton nicht den Lead, spiele der gelbe Riese die Gemeinden gegeneinander aus, sagte Marcel Omlin (SVP). Bei den Poststellenschliessungen gehe es auch darum, auf welche Art und Weise diese abgewickelt würden.

Guido Roos als Mitunterzeichner
Das Parlament war sich durchaus bewusst, dass der Stellenwert einer

Poststelle nicht mehr derselbe ist wie früher. Die Postversorgung sei aber ein wichtiger Teil des Service Public, sagte der Wollhuser Guido Roos (CVP), der den Vorstoss ebenfalls unterzeichnet hatte. Gegenüber dem Entlebucher Anzeiger bekräftigte Guido Roos das Anliegen: «Es darf nicht sein, dass sich die Poststellen im Kanton Luzern künftig an einer Hand abzählen lassen.»

Klar war für den Rat auch, dass die Post auch moderne Kommunikationsmittel einsetzen müsse. Markus Hess (GLP) erklärte aber, es hätten auch abgelegene Dörfer oder Quartiere mit älterer Bevölkerung Anrecht auf den Service Public. Wie Hess forderte auch Monique Frey (Grüne), dass sich der Kanton in die Diskussion um die Poststellen einmische. Als «postgeschädigt» bezeichnete sich Irène Keller (FDP). Die Gespräche der Gemeinden mit der Post bei drohenden Poststellenschliessungen seien verlorene Liebesmüh. Das Resultat der Gespräche stehe nämlich bereits im Voraus fest.

Guido Roos Regierungsrat Robert Küng warb für eine nur

teilweise Überweisung des Postulats. Gemäss seinen Angaben sind die Gemeinden primäre Ansprechpartner der Post. Der Regierungsrat werde sich für einen «angemessenen» Service Public einsetzen, er wolle aber die Rolle der Gemeinden nicht schwächen. Küng drang im Parlament allerdings nicht durch. Der Rat entschied mit 70 zu 40 Stimmen, das Postulat vollständig für erheblich zu erklären. [sda/EA]



«Es darf nicht sein, dass sich die Poststellen im Kanton Luzern künftig an einer Hand abzählen lassen.»

Zusätzliche Mittel für die Bildung gesprochen

Kanton Luzern: Kantonsrat genehmigt Nachtragskredit

Der Kanton Luzern braucht im laufenden Jahr mehr Geld für die Bildung als geplant. Der Kantonsrat hat Nachtragskredite im Umfang von rund zehn Millionen Franken mit 85 zu 25 Stimmen bewilligt.

Es handelte sich bei den Nachtragskrediten um 9,35 Millionen Franken für laufende Ausgaben sowie um 0,88 Millionen Franken für zusätzliche Investitionen. Als Grund nannte der Regierungsrat eine höhere Zahl von Studenten und von Flüchtlingskindern. 700 000 Franken muss der Kanton aufwenden, um Löhne für rund 140 Instrumentallehrpersonen nachzuzahlen. Die Musiklehrer hatten sich erfolgreich vor dem Kantonsgericht gegen Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen gewehrt. Diese Salärzahlungen gäben zu denken, sagte Franz Räber (FDP).

Guido Roos (CVP) sagte, die Mehrkosten, die in der Bildung anfielen, seien nachvollziehbar. Wie andere Votanten kritisierte er auch, dass der Rat vor vollendete Tatsachen gestellt werde. Urs Brücker (GLP) hoffte, dass Nachtragskredite nicht zur Regel würden.

Michael Ledergerber (SP) sah die Nachtragskredite als Folge des Budgetdrucks. Michael Töngi (Grüne) sagte, offenbar sei die Luft für Einsparungen, von der immer gesprochen werde, nicht vorhanden.

SVP-Fraktion dagegen

Die Budgets seien eng, sagte Finanzdirektor Marcel Schwerzmann. Die Gefahr von Nachtragskrediten steige damit. Es gebe indes auch nicht voll ausgeschöpfte Kredite. Marcel Zimmermann (SVP) lehnte die Nachtragskredite im Namen seiner Fraktion ab. Das Geld sei zwar bereits ausgegeben. Der Rat könne aber ein Zeichen setzen gegen die seiner Ansicht nach aus dem Ufer laufenden Asylkosten.

Ausserdem hat der Luzerner Kantonsrat am Dienstag...

- ... Corina Klein (SVP) als neues Mitglied vereidigt. Die Wauwilerrin löst Christian Graber ab, der vorzeitig zurückgetreten ist.
- ... mit 104 zu 0 Stimmen die Eigentumsbeschränkung bei Grundstücken der Stiftung für Schwerbehinderte Luzern aufgehoben.
- ... vom Leistungsauftrag der Hochschule Luzern Kenntnis genommen.
- ... die Petition zur Erhaltung der Bushaltestelle Breitfeld in Inwil behandelt.
- ... mit 90 von 113 gültigen Stimmen Marius Wiegandt zum Präsidenten des Kantonsgerichtes gewählt. Vizepräsident ist neu Andreas Galli. Gallie erhielt 110 von 113 Stimmen. [sda]

Die Mehrkosten in der Erfolgsrechnung machten 0,3 Prozent des im Voranschlag beschlossenen Aufwandes von 3,7 Milliarden Franken aus. Bereits im September hatte der Kantonsrat einen Nachtragskredit von über zehn Millionen Franken zur Bewältigung des Asylwesens genehmigt. [sda]

Künftig wird vermehrt ein Einzelrichter entscheiden

Kanton Luzern: Änderung im Justizgesetz gutgeheissen

Im Kanton Luzern werden erstinstanzliche Urteile künftig häufiger von einem Einzelrichter gefällt. Der Kantonsrat hat die Einzelrichterkompetenz erweitert, ist aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit aber weniger weit gegangen als vom Regierungsrat beantragt.

Künftig werden in all jenen Fällen Richter allein ein Urteil sprechen, in denen der Staatsanwalt eine Strafe von höchstens einem Jahr fordert. Der Kantonsrat hat am Dienstag nach erster Lesung die Änderung im Justizgesetz mit 90 zu 22 Stimmen gutgeheissen.

Der Regierungsrat hatte vorgeschlagen, dass Einzelrichter neu in Verfahren alleine urteilen, wenn die beantragte Strafe unter zwei Jahren liege. Ziel der Regierung ist es, die Gerichtsverfahren zu beschleunigen und somit Geld zu sparen, indem weniger oft ein Dreiergremium mit Fällen betraut wird. Die Regierungsvariante wurde im Parlament aber mit 82 zu 28 Stimmen vor allem aus rechtsstaatlichen Gründen abgelehnt. Der Regierungsrat erhielt nur von der SVP Unterstützung. Pirmin Müller (SVP) sagte, die Richter seien kompetent genug, die Verantwortung für Einzelentscheide zu übernehmen.

CVP, FDP und GLP setzten sich im Parlament zwar auch für eine Beschleunigung der Verfahren ein, gingen aber weniger weit als von der Regierung beantragt. Johanna Dalla Bona (FDP) sagte, schwierige und komplexere Fälle müssten von einem Kollegium beurteilt werden. Dies Sorge für Ausgewogenheit, für breit abgestützte Urteile und mehr Rechtssicherheit.

Justizapparat kritisch eingestellt

Die politische Mitte stellte sich damit auch hinter den Justizapparat. Dem Kantonsgericht, der Polizei, der Staatsanwaltschaft und den Verteidigern war der regierungsrätliche Vorschlag ebenfalls zu weit gegangen.

SP und Grüne wollten keine Änderung und die geltende und stark eingeschränkte Einzelrichterkompetenz beibehalten. Hans Stutz (Grüne) befürchtete einen Qualitätsabbau, unter dem die Akzeptanz der Justiz sowohl bei Tätern als auch bei Opfern leiden würde. Es wäre besser, den Gerichten mehr Ressourcen zu geben, sagte Peter Fässler (SP).

Heute entscheiden die erstinstanzlichen Luzerner Gerichte – die Bezirksgerichte und das Kriminalgericht – in der Regel in Dreierbesetzungen. Entscheide von Einzelrichtern gibt es etwa bei Übertretungen oder bei abgekürzten Verfahren, bei denen der Beschuldigte die Vorwürfe und den Strafantrag des Staatsanwaltes akzeptiert. [sda]

VLG: Tragfähiger Kompromiss

Der Vorstand des Verbandes Luzerner Gemeinden (VLG) nimmt das Ergebnis der ersten Beratung des Konsolidierungspaketes befriedigt zur Kenntnis, wie er am Mittwoch den Medien mitteilte. Verschiedene Massnahmen konnten im Sinn der Gemeinden gestrichen oder korrigiert werden. Sollte das Paket so Bestand haben, werde der Vorstand den Gemeinden empfehlen, auf das angekündigte Referendum zu verzichten. [pd]

kontext

Abläufe bei KESB werden optimiert

Kantonsrat Im Kanton Luzern sind die KESB seit drei Jahren am Arbeiten. Aufgrund der gemachten Erfahrungen kommt es nun zu organisatorischen Anpassungen. Der Kantonsrat hat am Dienstag nach erster Lesung eine entsprechende Gesetzesrevision mit 105 zu 0 Stimmen gutgeheissen.

Alle Fraktionen konnten den vorgeschlagenen Änderungen im Grossen und Ganzen zustimmen. Nach

dreijährigen Erfahrungen stünden moderate Optimierungen an, erklärten ihre Sprecher. Viele der Änderungen seien von der KESB selbst vorgeschlagen worden. Die Rechte der Betroffenen würden nicht beeinträchtigt. Betont wurde auch, dass die Neuerungen nichts mit der medialen Kritik an der KESB zu tun habe, von der der Kanton Luzern ohnehin verschont geblieben sei. [sda]